Bratislava, hlavné mesto Slovenska. Pripojenie Bratislavy k Československej republike roku 1918—1919. Dokumenty [Preßburg, Hauptstadt der Slowakei. Die Angliederung Preßburgs an die Tschechoslowakische Republik im Jahr 1918—1919. Dokumente]. Spracovali [bearbeitet von] Vladimír Horvát, Elemír Rákoš, Jozef Watzka.

Verlag Obzor, Preßburg 1977, 432 S., 24 Karten u. Abb. (Edition „Bratislava - fontes“).

Das Archiv der Stadt Preßburg eröffnet seine Editionsreihe mit einer Dokumentensammlung, die die Lostrennung der Stadt von Ungarn, ihre Einbeziehung in die Tschechoslowakei und ihre Bestimmung zur Hauptstadt der Slowakei zum Inhalt hat. Obwohl die 194 in diesem Band vereinigten Dokumente nur einen

Zeitraum von wenig mehr als zehn Monaten umfassen — das älteste stammt vom 7. Oktober 1918, das jüngste vom 14. August 1919 —, geben sie über eine Fülle von Tatsachen und Ereignissen Auskunft, die durchwegs vor dem Friedensschluß von Trianon liegen, durch den die definitive Grenzziehung erfolgte.

Bis zum 30. Dezember 1918 stand an der Spitze der Stadt, deren Bevölkerung damals zu fast 90 v. H. aus Deutschen und Madjaren bestand, der von der ungarischen Regierung ernannte Obergespan. An diesem Tag übernahm namens des Arbeiterrats der deutsche Sozialdemokrat Paul Wittich als „Volkskommissar“ die Amtsgeschäfte, aber schon wenige Tage später — nach der militärischen Besetzung der Stadt durch tschechische Legionäre — folgte der von der Prager Regierung ernannte Župan, Pastor Samuel Zoch. Seit dem 4. Februar 1919 ist Preßburg Sitz des Bevollmächtigten Ministers für die Verwaltung der Slowakei, Dr. med. Vavro Šrobár. Die Demonstrationen für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts kosten am 12. Februar 8 Menschen das Leben.

Während die Tschechoslowakei ihre bei den Friedensverhandlungen erhobenen Ansprüche gegenüber Österreich auf Teile des Marchfeldes mit Hainburg, Deutsch-Altenburg, Petronell, Marchegg, Dürnkrut und Hohenau zurückzog, wurden die Gebietsforderungen gegenüber Ungarn, die sich zunächst auf das slowakische Siedlungsgebiet beschränkten und somit Preßburg nicht einbezogen, später bis zur Donau ausgedehnt und schließlich auch der Brückenkopf südlich der Donau in Engerau (Ligetfalu, Petržalka) und die Große Schüttinsel verlangt und auch erreicht. Die Päne der Preßburger, ihre Stadt zu einer freien, autonomen Republik nach dem Muster der deutschen Hansestädte zu machen (Dok. 16), hatten keine Aussicht auf Verwirklichung.

Weitere Schwerpunkte sind die Situation der madjarischen Elisabethuniversität und ihre Schließung, die Schwierigkeiten mit den Offizieren der italienischen Militärmission, die an der Spitze der tschechischen Legionäre aus Italien in die Slowakei gekommen waren und die sich nach Auffassung slowakischer Kreise zu madjarenfreundlich benahmen, oder die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung des Empfangs des Bevollmächtigten Ministers für die Slowakei als des Repräsentanten der tschechoslowakischen Regierung, die zu einer Verärgerung der hier den Ordnungsdienst versehenen Sokoln und im weiteren Verlauf zur Abberufung des Militärbefehlshabers der Stadt Preßburg, Oberst Riccardo Barreca, führte und von Verteidigungsminister Kľofáč zum Anlaß genommen wurde, alle madjarischen Offiziere, Beamten und Mannschaften aus dem tschechoslowakischen Militärdienst zu entlassen (Dok. 123).

Die madjarische Bezeichnung der Stadt — Poszony — wurde noch bis Ende des Jahres 1918 auch in deutschen Berichten der „Preßburger Zeitung“ gebraucht. Der neue, von der Prager Regierung ernannte Obergespan verwendet in slowakischen Schriftstücken die Bezeichnung Prešporok, die Prager Behörden greifen die von den Slowaken Amerikas vorgeschlagenen Namen Wilsonov oder Wilsonovo město (Wilsonstadt) auf, die italienischen Offiziere sprechen von „Presburgo“. Erst der Ministerratsbeschluß vom 19. Februar 1919 ordnet die Verwendung der Bezeichnung Bratislava an, die erstmalig am 17. Januar 1919 anlässlich des bevorstehenden Eintreffens der Regierung gebraucht wurde. Aber auch jetzt

schwankt der Gebrauch zwischen Bratislav und Bratislava. Eine Änderung der Straßennamen wurde erst am 29. Juni verfügt. Der Festzug anlässlich des Empfangs der Regierung bewegte sich noch laut Festprogramm durch die Erzherzog-Friedrich-Straße und über den Kaiser-Wilhelm-Platz.

Als verlässlicher Chronist aller Ereignisse hat sich die „Preßburger Zeitung“ — „zwar in deutscher Sprache, aber mit echt ungarischem Herzen geschrieben“, wie sie ihren Lesern noch am 24. November 1918 versichert — erwiesen. Ihr entstammt ein Großteil der in die Sammlung aufgenommenen Berichte, über die keine anderen Unterlagen mehr auffindbar waren. Allerdings vermißt man eine Erwähnung des für das Preßburger Deutschtum wichtigsten Ereignisses, der Gründung des Deutschen Volksrats, über das die „Preßburger Zeitung“ am 17. Dezember 1918 und auch der „Grenzbote“ vom gleichen Tag ausführlich berichtet haben. Die Protokolle des Munizipalausschusses wurden auch noch im Jahr 1919 in madjarischer Sprache, gelegentlich auch in deutscher Sprache geführt. Die Plakatanschläge des neuen Župans sind in der Regel dreisprachig — slowakisch, deutsch und madjarisch — abgefaßt, hier wird nur der slowakische Text veröffentlicht. Die Referenten des Bevollmächtigten Ministers für die Verwaltung der Slowakei amtieren — trotz des slowakischen Briefkopfes — in tschechischer Sprache. Daraus erklärt sich, daß in der vorliegenden Dokumentensammlung ungefähr je ein Viertel der abgedruckten Quellen in deutscher, slowakischer und tschechischer Sprache abgefaßt und wiedergegeben ist, während sich der Rest auf madjarische, italienische und französische Texte verteilt.

Die Dokumente sind durchwegs in der Originalsprache und ungekürzt publiziert und mit slowakischen Regesten versehen. Die Aufnahme einiger Quellenstücke mag man für entbehrlich halten — etwa die Bestellung von Eintrittskarten für die Aufführung der „Verkauften Braut“ durch Župan Kállay (Dok. 105) — andererseits sind Lücken festzustellen: So bezieht sich Dok. 38 auf die ungünstige Demarkationslinie, die vom Bevollmächtigten der tschechoslowakischen Regierung in Budapest, Dr. Milan Hodža, vereinbart wurde, der Wortlaut dieser Vereinbarung wurde aber nicht in die Sammlung aufgenommen. Zahlreiche Dokumente lassen die Reaktion auf die Ansprüche erkennen, die Deutsch-Österreich auf Preßburg erhob, es sind aber weder Pkt. 5 der Staatserklärung vom 22. November 1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutsch-Österreich (Staatsgesetzblatt Nr. 41), noch frühere Gebietsforderungen, etwa Müller-Guttenbrunns Schrift „Wohin gehört Deutsch-Ungarn?“, enthalten, auf die Dokument Nr. 1 Bezug nimmt.

Der Dokumentation selbst ist ein 40 Seiten umfassendes Verzeichnis vorangestellt, das den Text der Regesten wiederholt und daran einige, meist ziemlich nichtssagende Erläuterungen anschließt.

Das für die Benützung wichtige Namensverzeichnis bietet ausführliche biographische Daten, die allerdings meist nur bis zum Jahr 1919 fortgeführt sind; das weitere Schicksal und das Todesjahr wird nur in Ausnahmefällen angeführt. Leider ist das Verzeichnis nicht vollständig, es fehlt etwa der auf S. 258 genannte Referent für das Unterrichtswesen des Bevollmächtigten Ministers für die Verwaltung der Slowakei Anton Štefánek (1877—1964) oder der wiederholt er-

wähnte Funktionär des Deutschen Volksrats und Präses der Deutschen radikal-demokratischen Partei Alois Zalkai. Bei dem als „Volvod“ bezeichneten siebenbürgischen Minister handelt es sich um den rumänischen Ministerpräsidenten Alexander Vajda von Vojvod (1873—1950), der Name des Nuntius „de Ronzo“ (S. 305) lautet richtig Theodor Valfré di Bonzo.

Eingeleitet werden die Dokumente durch einen kurzen geschichtlichen Überblick aus der Feder des Dozenten Miroslav Kropilák DrSc. Eine Kurzfassung des Vorworts und der Einleitung ist in russischer, deutscher und französischer Sprache beigefügt. Ein Bilder- und Kartenanhang vervollständigt diese nützliche Dokumentation.

Linz

Helmut Slapnicka